

73. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

18. Jänner 1956

421/J

A n f r a g e

der Abg. Dr. Pfeiffer, Dr. Gredler, Hartleb, Kandutsch  
und Genossen,

an die Bundesregierung,

betreffend die wirtschaftliche und rechtliche Bedeutung des "Wiener  
Memorandums" vom 10. Mai 1955.

-!-.-.-.-.-

Mit wachsender Besorgnis sieht die österreichische Bevölkerung die unregelmäßige Situation auf dem Gebiet eines der wichtigsten Rohstoffe unserer Heimat, des Erdöls. Es bestehen Unklarheiten hinsichtlich der Kompetenz, hinsichtlich der Frage der ausländischen Beteiligungen, im besonderen hinsichtlich des Problems aber, ob das Gedächtnisprotokoll, welches zur Zeit des Staatsvertragsabschlusses abgefasst wurde, das sogenannte Wiener Memorandum, als vertraglich für Österreich anzusehen ist.

Die gefertigten Abgeordneten richten daher an die Bundesregierung die

A n f r a g e:

- 1.) Ist die Bundesregierung bereit, dem Parlament über ihre Erdölpolitik Bericht zu erstatten?
- 2.) Ist die Bundesregierung bereit, dem Parlament eine Erklärung abzugeben, welche eindeutig klärt, dass die in den Gedächtnisprotokollen (genannt Wiener Memorandum) enthaltenen Formulierungen nicht als vertragliche Vereinbarungen anzusehen sind, durch welche die Bundesregierung und Volksvertretung gebunden sind?

-o-o-o-o-o-